

Fragestellung	Antwort für die FAQ-Übersicht
Förderfähigkeit der ganztägigen Angebote	Es können Anträge für Kinderhorte für Kinder im Schulalter nach § 25 Abs. 2 Nr. 3 HKJGB und für Grundschulen und Grundstufen von Förderschulen, die in einem Landesprofil 1, 2, 3 oder im Pakt für den Ganzttag (ganztägige Angebote nach § 15 Abs. 1 Nr. 2 und 3 sowie Abs. 3 bis 6 HSchG) arbeiten, von den Schul- und Jugendhilfeträgern gestellt werden (Förderrichtlinie zum Umsetzung der Verwaltungsvereinbarung zur Durchführung des Gesetzes über Finanzhilfen des Bundes zum Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter vom 23.10.2023 (FR II) StAnz. 34/2023 S. 1337 Tz. 1.4 und Tz. 1.5)
Welche ganztägigen Angebote sind nicht förderfähig?	Schulträgerangebote nach § 15 Abs.1 Nr. 1 HSchG sind nicht förderfähig, da sie nach Festlegung des Bundes nicht der Schulaufsicht unterliegen.
Wer erbringt gegenüber dem Bund den <b>Nachweis der Zusätzlichkeit</b> der Mittel?	Das Land, da im Rahmen der Verwaltungsvereinbarung zur Durchführung des Gesetzes über Finanzhilfen des Bundes zum Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter (Investitionsprogramm Ganztagsausbau) (VV II) das Land den Nachweisansatz nach § 5 Abs. 4 zur Zusätzlichkeit gewählt hat. Damit weist das Land gegenüber dem Bund die Zusätzlichkeit nach, und nicht der einzelne Schulträger. Unabhängig davon hat der Bund auf Tz. 7.2.19 der FR II bestanden. Demgemäß haben auch die Schulträger die Bestätigung abzugeben, dass die Mittel zusätzlich eingesetzt werden.
Wie verhält es sich mit der Bestätigung, die nach Tz. 7.2.19 der FR II von den Schulträgern zur <b>Zusätzlichkeit</b> der Mittel zu erbringen ist?	Die Schulträger haben im Antrag zu bestätigen, dass die beantragten Fördermittel für zusätzliche Maßnahmen beantragt werden. Es muss sich um Maßnahmen handeln, die ohne die beantragten Fördermittel nicht realisiert worden wären.
Wie ist Zusätzlichkeit gewährleistet, wenn die Maßnahme bereits ohne Fördermittel begonnen wurde und im Haushaltsplan abgebildet ist?	Sofern im Vertrauen auf die Bundesmittel die beabsichtigte Maßnahme bereits im Haushalt veranschlagt wurde und mit der Umsetzung nach dem 12. Oktober 2021 (Tz. 4.2 der Förderrichtlinie) begonnen wurde, ist eine Förderung möglich. Wichtig ist, dass die Maßnahme ohne das Bundesprogramm nicht durchgeführt worden wäre. Es kommt nicht darauf an, ob und wann die Maßnahme im Haushalt abgebildet wurden.

Fragestellung	Antwort für die FAQ-Übersicht
Müssen Schulen die <b>Aufnahme in ein Landesprofil</b> zum Schuljahr 2024/2025 beantragt haben, um die Förderfähigkeit sicherzustellen?	Nein, Schulen können auch noch zum Schuljahr 2025/2026 oder zum Schuljahr 2026/2027 die Aufnahme in ein Landesprogramm beantragen. Die abschließende Prüfung der und Entscheidung über die Anträge erfolgt jedoch erst, wenn die Schulen in das Landesprogramm aufgenommen wurden. Es können nur Maßnahmen gefördert werden, wenn diese der Arbeit im Landesprogramm zugutekommen.
Was bedeutet " <b>vorzeitiger Maßnahmenbeginn</b> "?	Nach Tz. 7.2.15 der FR II ist der vorzeitige Maßnahmenbeginn zulässig. Das bedeutet, dass Maßnahmen, die nach dem 12.10.2021 begonnen wurden, förderfähig sind.
Ist die Gewährung von Fördermitteln aus den zugeteilten Kontingenten für den Ganztagsausbau zulässig, wenn für beantragte Maßnahmen gleichzeitig <b>Darlehen aus dem Hessischen Investitionsfonds, Abteilung C</b> in Anspruch genommen werden oder ist eine Förderung in diesen Fällen ausgeschlossen?	Es bestehen aus Landessicht keine Bedenken! Es können bei Inanspruchnahme der Fördermittel gleichzeitig Mittel aus dem Hessischen Investitionsfonds, Abteilung C in Anspruch genommen werden. Das Verbot einer Doppelförderung steht der Inanspruchnahme nicht entgegen, weil es nur für eine Kumulation von Förderungen aus Bundesmitteln gilt (§ 7 Abs. 1 GaFinHG), nicht von solchen aus Bundesmitteln einerseits und Landesmitteln andererseits.
Ist die <b>Weitergabe von Fördermitteln an Tochtergesellschaften von Kommunen</b> möglich?	Nach Tz. 4.9 der FR II ist die Weitergabe von Fördermitteln an Tochtergesellschaften von Kommunen unter Einhaltung der Vorgaben möglich.
Wo finde ich die Information, welche <b>Ausgaben</b> zuwendungsfähig sind?	Die Informationen sind in Tz. 2 der FR II Gegenstand der Förderung detailliert benannt.
Ist das hessische Ausschreibungsgesetz wieder bei der Vergabe zu berücksichtigen, analog zum Digitalpakt?	Informationen zur <b>Anwendung des Vergaberechts</b> finden sich in der FR II unter Tz. 4.9.
Wie sind Ganztagsplätze oder Ferienangebote nachzuweisen?	Sie sind im Verwendungsnachweis nach der FR II Tz. 8 zu beschreiben.

Fragestellung	Antwort für die FAQ-Übersicht
Wie werden die Investitionsmittel zum Ausbau ganztägiger Angebote unter den Beteiligten aufgeteilt?	100 Prozent der Fördersumme entsprechen 292 Mio. Euro, 70 Prozent davon trägt der Bund (204 Mio. Euro), 15 Prozent trägt das Land Hessen (44 Mio. Euro), 15 Prozent übernehmen die antragsberechtigten Träger (44 Mio. Euro).
Sind <b>Sammelanträge</b> mehrerer Schulen zulässig um die Mindestfördersumme zu erreichen?	Nein. Sammelanträge sind innerhalb dieses Investitionsprogramms nicht möglich.
Wie ist zu verfahren, wenn Schulen nicht zum Schuljahr 2024/2025, sondern erst zum Schuljahr 2025/2026 oder zum Schuljahr 2026/2027 die Aufnahme in ein Landesprofil beim Kultusministerium beantragen? Diese Frage stellt sich vor dem Hintergrund der Tz. 5.4 der FR II: "Förderkontingente, die mit Ablauf des 31. Dezember 2024 nicht durch die Antragsberechtigten belegt sind, können vom Kultusministerium anderen Antragsberechtigten zur Verfügung gestellt werden." Wie können Schulträger absichern, dass ihnen ihr Förderkontingent für die Schulen, die im Schuljahr 2025/2026 oder im Schuljahr 2026/2027 die Aufnahme ins Landesprogramm beantragen, erhalten bleibt?	<p>Die Anträge auf Fördermittel für Schulen, die erst zum Schuljahr 2025/2026 oder zum Schuljahr 2026/2027 am Landesprogramm teilnehmen, können ab sofort bei der WIBank eingereicht werden. Die beantragten Fördersummen gelten damit als belegt. Die Prüfung der Anträge erfolgt erst, wenn die Schulen ins Landesprogramm aufgenommen wurden.</p> <p>Es ist derzeit in Planung, die in der Förderrichtlinie (Tz. 5.4) hessenintern festgesetzte <b>Frist zur Belegung</b> der Fördermittel (31.12.2024) um ein Jahr <b>bis zum 31.12.2025</b> zu verlängern.</p> <p>Die Änderung der Förderrichtlinie wird zurzeit vorbereitet. Die von der Bundesregierung gesetzlich verankerte Frist zur finalen Bewilligung der Fördermittel (31.12.2026 nach dem GaFinHG § 5 Abs. 3) hat weiterhin Bestand und kann landesseitig nicht geändert werden.</p>
Wann muss eine <b>baufachliche Prüfung</b> erfolgen?	Die Grenze, ab der eine baufachliche Prüfung durchzuführen ist, bezieht sich gem. Ziffer 4.9 der Förderrichtlinie Investitionsprogramm Ganztagsausbau in Verbindung mit Ziffer 6.1 der VV zu § 44 LHO auf Zuwendungen für Baumaßnahmen von mehr als 500.000 Euro. Unter Zuwendungen fallen der Bundes- und Landeszuschuss. Beträgt die Summe aus beidem mehr als 500.000 Euro, so ist eine baufachliche Prüfung durchzuführen.
Wer muss die <b>baufachliche Prüfung</b> durchführen?	Die baufachliche Prüfung ist durch den Schulträger durchzuführen. Sofern dieser die Prüfung nicht selbst durchführen kann, muss eine Beauftragung des Landesbetriebs Bau und Immobilien Hessen (LBIH) erfolgen. Die baufachliche Prüfung erstreckt sich auf die baufachliche Prüfung der

Fragestellung	Antwort für die FAQ-Übersicht
	Antragsunterlagen (gem. Nr. 7 RZBau), die Überprüfung der Bauausführung (gem. Nr. 8 RZBau) und die baufachliche Prüfung des Verwendungsnachweises (gem. Nr. 9 RZBau).
Müssen die Unterlagen der baufachlichen Prüfung vorgelegt werden?	Mit dem Förderantrag wird die Einhaltung der Regelungen der Förderrichtlinie bestätigt (vgl. Ziffer 7.2.20 der Förderrichtlinie). Auf die Vorlage der Unterlagen zur baufachlichen Prüfung wird daher verzichtet.
Bis wann sind Anträge zur Belegung des Kontingents bei der WIBank einzureichen?	<p>Es ist derzeit in Planung, die in der Förderrichtlinie (Tz. 5.4) hessenintern festgesetzte Frist zur Belegung der Fördermittel (31.12.2024) um ein Jahr bis zum 31.12.2025 zu verlängern.</p> <p>Die Änderung der Förderrichtlinie wird zurzeit vorbereitet. Die Frist zur finalen Bewilligung der Fördermittel (31.12.2026 nach dem GaFinHG § 5 Abs. 3) bleibt davon unberührt.</p>
Werden <b>Restkontingente</b> der Träger, die bis zum 31.12.2024 nicht belegt wurden, ab dem 01.01.2025, wie nach Tz. 5.4 der Förderrichtlinie möglich, vom HMKB umverteilt?	<p>Nein!</p> <p>Die Änderung von Tz. 5.4 der Förderrichtlinie zur Verlängerung der Frist zur <b>Umverteilung</b> um ein Jahr ist bereits in Arbeit.</p> <p>Das HMKB übt sein Ermessen nach Tz. 5.4 Satz 1 hinsichtlich der Förderkontingente, die mit Ablauf des 31.12.2024 noch nicht belegt sind, dahingehend aus, dass die Kontingente nicht zwischen dem 1. Januar 2025 und dem Inkrafttreten der Änderung von Tz. 5.4 anderen Antragsberechtigten zur Verfügung gestellt werden.</p>
Ist für die kommunalen Schulträger bei der Antragstellung eine Stellungnahme der für die Kommunalaufsicht zuständige Behörde nach Förderrichtlinie (Tz. 7.4) vorzulegen?	Nur wenn es eine entsprechende Stellungnahme gibt, ist sie mit dem Antrag vorzulegen, ansonsten ist dies nicht verpflichtend.
Wie sind im Antrag die anzugebenden <b>Betreuungsplätze</b> („neue Plätze“, „erhaltene Plätze“ oder „Plätze, die profitieren“) zu unterscheiden und zu erfassen?	Die angegebenen Platzkapazitäten müssen eindeutig einer Kategorie zugeordnet sein. Ein Platz darf nicht in zwei Kategorien gerechnet werden.

Fragestellung	Antwort für die FAQ-Übersicht
	<p>Beispiel: Die Schaffung erweiterter räumlicher Kapazitäten durch einen Erweiterungsbau an einer Mensa kann entweder</p> <p>a) (zusätzliche) <b>Plätze schaffen</b> oder bestehende <b>Plätze erhalten</b> oder</p> <p>b) keine (zusätzlichen) Plätze schaffen oder erhalten, aber zu einer qualitativen Verbesserung der Räumlichkeit führen, von der <b>die bestehenden Plätze</b> in dem Sinne <b>profitieren</b>, dass nunmehr erst eine zeitgemäße Ganztagsbetreuung für die bestehenden Plätze möglich wird.</p>
<p>Welche Maßgaben gelten für die <b>Anteilsberechnung</b> der Fördersumme <b>bei verbundenen Grundschulen</b>?</p>	<p>Im Ganztagsfinanzhilfegesetz (GaFinHG) vom 20. Dezember 2021 (BGBl. I S. 5248) und in der Verwaltungsvereinbarung zur Durchführung des Gesetzes über Finanzhilfen des Bundes zum Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter vom 17. Mai 2023 – Verwaltungsvereinbarung Investitionshilfeprogramm Ganztagsausbau – (BAnz. AT vom 23. Juni 2023 S. B2), im Folgenden: VV Ganztagsausbau, ist die Förderung aufgrund des Investitionsprogramms Ganztagsausbau geregelt. Förderfähig sind Investitionen (im Sinne von § 3 GaFinHG, § 1 Abs. 3 und 4 VV Ganztagsausbau), die der Bildung und Betreuung von Kindern im Grundschulalter dienen.</p> <p>Das bedeutet für beantragte Maßnahmen von <b>Grundschulen</b>, die mit Schulen der Sekundarstufe I verbunden sind, dass die Förderung auf den <b>Anteil der Kinder im Grundschulalter</b> (Verhältnis der Schüler in der Grundstufe zur Gesamtzahl aller Schüler in der verbundenen Grundschule) begrenzt ist (siehe folgendes Beispiel):</p> <p>Verbundene Grund- und Integrierte Gesamtschule:</p> <p>SuS (gesamt): 500, darunter SuS (Grundschule): 300 (60 %)</p> <p><b>Investitionsvolumen:</b> 100.000,00 €</p> <p>Berechnung der <b>zuwendungsfähigen Ausgaben:</b></p>

Fragestellung	Antwort für die FAQ-Übersicht														
	<p>100.000,00 € * 60% = 60.000,00 €</p> <p>Daraus ergibt sich folgende <b>Finanzierungsplanung</b>:</p> <table border="1" data-bbox="1048 435 2033 660"> <thead> <tr> <th data-bbox="1048 435 1845 469"><b>Zuwendungsfähige Ausgaben</b></th> <th data-bbox="1845 435 2033 469"><b>60.000 €</b></th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="1048 469 1845 502">Fördermittel (85% zuwendungsfähiger Ausgaben)</td> <td data-bbox="1845 469 2033 502">51.000 €</td> </tr> <tr> <td data-bbox="1048 502 1845 536">    davon Bundeszuschuss (70% zuwendungsfähiger Ausgaben)</td> <td data-bbox="1845 502 2033 536">42.000 €</td> </tr> <tr> <td data-bbox="1048 536 1845 569">    davon Landeszuschuss (15% zuwendungsfähiger Ausgaben)</td> <td data-bbox="1845 536 2033 569">9.000 €</td> </tr> <tr> <td data-bbox="1048 569 1845 603">Erforderliche Eigenmittel (15% zuwendungsfähiger Ausgaben)</td> <td data-bbox="1845 569 2033 603">9.000 €</td> </tr> <tr> <td data-bbox="1048 603 1845 636">Zusätzliche Eigenmittel</td> <td data-bbox="1845 603 2033 636">40.000 €</td> </tr> <tr> <td data-bbox="1048 636 1845 660"><b>Investitionsvolumen</b></td> <td data-bbox="1845 636 2033 660"><b>100.000 €</b></td> </tr> </tbody> </table>	<b>Zuwendungsfähige Ausgaben</b>	<b>60.000 €</b>	Fördermittel (85% zuwendungsfähiger Ausgaben)	51.000 €	davon Bundeszuschuss (70% zuwendungsfähiger Ausgaben)	42.000 €	davon Landeszuschuss (15% zuwendungsfähiger Ausgaben)	9.000 €	Erforderliche Eigenmittel (15% zuwendungsfähiger Ausgaben)	9.000 €	Zusätzliche Eigenmittel	40.000 €	<b>Investitionsvolumen</b>	<b>100.000 €</b>
<b>Zuwendungsfähige Ausgaben</b>	<b>60.000 €</b>														
Fördermittel (85% zuwendungsfähiger Ausgaben)	51.000 €														
davon Bundeszuschuss (70% zuwendungsfähiger Ausgaben)	42.000 €														
davon Landeszuschuss (15% zuwendungsfähiger Ausgaben)	9.000 €														
Erforderliche Eigenmittel (15% zuwendungsfähiger Ausgaben)	9.000 €														
Zusätzliche Eigenmittel	40.000 €														
<b>Investitionsvolumen</b>	<b>100.000 €</b>														